



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 21-33
Fernschreiber 039 890

P/X/269 - 22.11.1955

Hinweise auf den Inhalt:

Verfolger und Verfolgte	S. 1
Verleumdung der Saarländer/Bericht aus Belgien	S. 3
Die Spannungen in der Koalition	S. 4
Dehler und der Deutsche Bundestag	S. 5

Warum noch ehemalige Nazi-Vermögen ?

sp - Die Nachricht, dass die Witwe des berüchtigten Präsidenten des Nazi-Volksgesichtshofes, Roland Freisler, die Pension der Witwe eines Staatssekretärs erhalten solle, löste in der deutschen Öffentlichkeit einen Schock aus. Diese jedes Gerechtigkeitsempfinden beleidigende Absicht, die Ehefrau eines der Hauptträger des blutigen Hitler-Terrors mit einer hohen Pension zu bedenken, obwohl bisher nur ein Bruchteil der Opfer dieses Terror-Staates entschädigt worden ist, zwingt zu der Frage, warum bisher die Bankkonten und Vermögenswerte der ehemaligen Machthaber des Dritten Reiches nicht für die Wiedergutmachung herangezogen worden sind. Wie vor einigen Wochen das Spruchkammerverfahren gegen den SS-Hauptschriftleiter Gunter d'Alquen in Berlin ergab, war es diesem hohen Nazi-Führer gelungen, von einem Sperrkonto auf einer Westberliner Bank Vermögenswerte nach Westdeutschland zu überweisen.

In Westberlin sind im Laufe der letzten Zeit beträchtliche Geheimkonten von ehemaligen Nazi-Größen entdeckt worden, die in die Millionen gehen. Der Gesamtwert dieser bisher aufgefundenen Konten beläuft sich auf 19 400 000 Reichsmark und 511 000 D-Mark; dazu kommt noch Grundvermögen dieser hohen NS-Führer im Werte von etwa zwei Mill. DM. Den Angehörigen oder Erben dieser Konteninhaber ist es bereits gelungen, aus diesen Geldeinlagen und anderen Vermögenswerten beträchtliche D-Mark-Beträge anzusammeln. Es erhebt sich daher mit Recht die Frage, wann endlich die Bundesregierung dieses Vermögen derjenigen Politiker, die Deutschland vor 10 Jahren an den Abgrund geführt haben, für die Wiedergutmachung an den Opfern des Nazi-Regimes beschlagnahmen wird.

In Westberlin allein wurden folgende Konten einiger massgebenden NS-Führer entdeckt, über die bisher zum Teil lediglich eine Sperre verhängt worden ist:

Göring:	Wertpapiere im Werte von RM 8.516.054,06 Bankkonten in Höhe von 280.000 DM und Zinsertragskonten im Werte von 40.143,- DM.
Frick:	ehemaliger Reichsleiter und Reichsinnenminister; Wertpapiere im Werte von 1.151.721,- RM und ein Bankkonto von 7.150,- DM

Goebbels: Gauleiter und Reichspropagandaminister:
1 Grundstück im Werte von 113.000,- DM.

Ley, Dr.: Reichsleiter und Leiter der "Deutschen Arbeitsfront"
2 Grundstücke im Werte von 1.000.000,- DM.
Dazu noch Schmuck in bisher nicht bekannter Höhe.

Axmann, Arthur: Leiter der Reichspressekammer usw.
2 Grundstücke im Werte von 115.900,- DM

v. Ribbentrop: Reichsaußenminister:
3 Grundstücke im Wert von 50.000,- DM.
Dazu nachträglich festgestellte Vermögenswerte in
Höhe von RM 473.776,65.

Kaltenbrunner: SS-Obergruppenführer und Staatssekretär für Sicher-
heitswesen (Tarnkonto Artur Scheidler)
Bankkonto in Höhe von 2.277.625,- RM.

Hoffmann,
Heinrich: Reichsildberichterstatler:
Vermögenswerte in Höhe von 1.142.107,34 RM.

Daluege, Kurt: SS-Obergruppenführer:
Wertpapiere in Höhe von 782.179,58 RM.

Spear, Albert: Generalinspekteur f.d. Straßenwesen:
Wertpapiere im Werte von RM 541.147,59.

Krüger, Frie-
drich-Wilhelm: SS-Obergruppenführer:
Konten im Werte von RM 112.686,50

Preisler,
Roland: Präsident d. Volksgerichtshofes:
2 Grundstücke im Werte von DM 80.000,-

Hanke, Karl: Gauleiter von Schläsien:
1 Grundstück im Werte von DM 25.000,-

Morell, Dr.: Leibarzt Hitlers:
1 Grundstück im Wert von 100.000,- DM.

d'Alquen, Gunter: Chefredakteur des "Schwarzen Korps":
2 Grundstücke im Werte von 60.000,- DM.

Reinhardt, Fritz: SA-Obergruppenführer u. Staatssekr.f.Fin.:
1 Grundstück im Werte von DM 156.000,-

Stuckart, Dr. Staatssekretär:
Wilhelm: 1 Grundstück im Werte von 54.400,- DM.

v. Rentelen, Dr. Reichsleiter der NS-Hago:
Adrian: 1 Grundstück im Wert von 50.000,- DM.

Schickedanz,
Arno: Stabsleiter im Aussenpol. Amt d. NSDAP:
1 Grundstück im Wert von 40.000,- DM.

Dr. Stellrecht,
Helmut: Stabsleiter:
1 Grundstück im Wert von 50.000,- DM.

Dr. Turner,
Harald: SS-Gruppenführer:
1 Grundstück im Wert von 50.000,- DM.

Bechstein,
Helene: sie ermöglichte seinerzeit die Herausgabe von
Hitlers "Mein Kampf"
Bankkonten in Höhe von 196.400,- DM und 471.725,- RM
sowie von 38.162,50 Dollar.

Das sind die Vermögenswerte nur einiger der führenden Nazi-Größen,
die in Westberlin entdeckt worden sind. Insgesamt sind es Millionen-
werte, auf die diese Hauptträger des Dritten Reiches selbst oder deren
Angehörige heute noch Anspruch erheben. Es ist an der Zeit, dass nun
endlich die gesetzliche Grundlage geschaffen wird, damit diese Werte
an den Staat kommen, die unter der Gewaltherrschaft dieser Verderber

Schlechte Europa-Praxis

Aus Brüssel wird uns geschrieben:

Die belgische Presse kann sich noch immer nicht über den Ausfall der Abstimmung an der Saar beruhigen. In der "Libre Belgique", dem Hauptblatt der christlichsozialen Partei, findet sich ein Artikel des Bonner Korrespondenten Georges Elux, der eine neue böse Verleumdung der Saarländer darstellt, die gegen das Statut gestimmt haben. Dort heißt es, die deutsche Schwerindustrie habe den Wahlkampf gegen das Statut finanziert, und dafür den Heimatbund verpflichtet, sie wieder im Saargebiet zuzulassen. Die Montanunion wird aufgefordert, jede Regelung für die Saargruben abzulehnen, welche auch der deutschen Industrie irgendwie zugute kommen würde.

Diese Einstellung zum Saarproblem - und sie ist leider in der Brüsseler Presse, die sich, unseres Wissens, aus Bonn ausnahmslos von französischen Korrespondenten nebenamtlich bedienen lässt, nicht selten - ist umso peinlicher, als dieselbe Presse immer wieder Propaganda für die Erhebung Brüssels zur "Hauptstadt Europas" macht. Auf der einen Seite gibt man sich also gern als großer "unparteilicher" Bannerträger Europas, auf der anderen spielt man in vielen Deutschland betreffenden Problemen - nicht nur in der Saarfrage - mit falschen Karten. So kann man gelegentlich sogar lesen, dass Deutschland östlich der Elbe "slawisches Land" sei und die polnischen Ansprüche auf die Lausitz, Pommern und Ostpreußen ihre "natürlichen rassistischen Gründe" hätten.

Was würde die Brüsseler Presse sagen, wenn ebenso ungeniert und einseitig, wie die belgische Presse über das Saargebiet und andere deutsche Probleme schreibt, die deutschen Zeitungen anfangen würden, über die flämischen und wallonischen Gegensätze und Selbstständigkeits-tendenzen Betrachtungen anzustellen oder daran zu erinnern, dass zwischen den Weltkriegen ein großer belgischer Staatsmann - ein Mann von einer außenpolitischen Einsicht, die zweifellos weit über der der gegenwärtigen belgischen Freunde Adenauers stand - die Rückgabe Eupen-Malmedys an die Weimarer Republik ernsthaft in Erwägung zog?

Verdächtigungen, wie die hier zur Saarfrage wiedergegebenen, finden sich nicht einmal in der französischen Presse, soweit sie politisch ernst zu nehmen ist. Der Ruf Brüssels als einer Stadt von wahrhaft unvoreingenommener europäischer Gesinnung wird dadurch nicht gerade gefördert. Es sollte zu denken geben, dass (wenn auch in einem anderen Zusammenhang) die größte hier sesshafte internationale Organisation ernsthaft ihre Verlegung vorbereitet.

Überspielte FDP

sp. Wenn am Ende dieser Woche nach einer Unterbrechung von fast zwei Monaten wieder die offiziellen Koalitionsverhandlungen unter Führung des Bundeskanzlers beginnen, wird Dr. Adenauer grösstes Geschick beweisen müssen, um den schief geladenen und ins Wanken geratenen Koalitionswagen wieder ins Gleichmass zu bringen.

Die erste erhebliche Störung des schon so lange nur mühsam aufrecht erhaltenen Gleichgewichtes trat ein, als die Minister Oberländer und Kraft ihre Rückendeckung im BHE verloren, als Einzelpersonen in der Regierung blieben und sich als Hospitanten der CDU/CSU anschlossen. Der Bundeskanzler hat trotz immer neuen Mahnens des BHE und auch aus den Reihen der FDP nichts unternommen, um diesen völlig ungewöhnlichen, wenn nicht unmöglichen Zustand zu beenden - Oberländer und Kraft gehören nach wie vor dem Kabinett an und gerade von ihnen selbst ist nicht zu erwarten, dass sie von sich aus den für sie so folgenschweren Schritt einer Aufgabe ihres Ministeramtes tun. Der Ausgangspunkt dieses Konfliktes, eben die Trennung Oberländers und Krafts von ihrer Partei, und der Austritt des BHE aus der Koalition, liegt noch vor der Erkrankung des Kanzlers. Aber in der Zwischenzeit hat sich der daraus entstandene Unmut erheblich verstärkt und der Kanzler wird seine Entscheidung, wenn er nun wieder in die politische Arena zurückkehrt, nicht mehr lange aufschieben können.

Während der Krankheit des Kanzlers wurde die deutsche Öffentlichkeit dann ausserdem von der Nachricht überrascht, dass ein besonders profilierter CSU-Politiker, Franz Josef Strauss, zum Atomminister ernannt worden sei, übrigens durch das Kabinett und ohne vorherige Verständigung mit den Koalitionspartnern. Dieser Schritt erregte den besonderen Unwillen der FDP, die sich abermals brüskiert und weiter in die Ecke gedrängt sah. Das Übergewicht der ohnehin erdrückend starken CDU/CSU hatte damit ein Ausmass angenommen, das die FDP nun vollends zu einer belanglosen Randfigur der Koalition machte. Das gleiche Schicksal störte dagegen die Deutsche Partei nicht mehr, die sich im Laufe der vergangenen Jahre schon lange mit der Rolle eines Anhängsels der stärksten Regierungspartei abgefunden hatte, dies ja auch nach dem Kräfteverhältnis in der Tat ist.

Der unerwartete Tod des Sonderministers Tillmanns bot zunächst dieser ständigen weiteren Machtzunahme der CDU/CSU Einhalt. Vielleicht hätte man nun in den Kreisen der Regierung und ihrer stärksten Partei ganz gern darauf verzichtet, einen Nachfolger für den Verstorbenen zu benennen, um dadurch den Kritikern der gegenwärtigen Regierungszusammensetzung wenigstens im gewissen Umfange den Wind aus den Segeln zu nehmen. Aber hier ergab sich nun eine neue, parteiinterne Schwierigkeit für die CDU. Tillmanns war ein hervorragender und aktiver Vertreter des protestantischen Flügels dieser Partei, und der Verzicht auf einen Nachfolger würde das ohnehin überlegene katholische Element in dieser Partei noch stärker in Erscheinung treten lassen. Das ist ein Gesichtspunkt, dem sich die CDU-Führung nicht entziehen kann, zumal mit der Ernennung eines so dynamischen Mannes wie Strauss das ultra-katholische Element in der Regierung einen so nachdrücklichen Kraftzuwachs erhalten hatte.

Natürlich hängen mit diesen Personenfragen sehr eng auch sachliche Probleme zusammen, auf die hier nicht eingegangen werden soll. Der tiefere Grund für das wachsende Unbehagen der FDP über den Machtanspruch der CDU/CSU, der sie zur tatsächlich alleinbestimmenden Partei in der Regierung machen würde, liegt vor allem auch in der Furcht, wie verheerend sich ein solcher Zustand in der Zeit der Vorbereitung auf die nächsten Bundestagswahlen auswirken würde. Die CDU/CSU ihrerseits hat allen Grund, an jeder Machtpolitik festzuhalten und weitere dazuzuerwerben, weil sie wohl um den Gegensatz zwischen wachsender Macht im Regierungsapparat und schwindender Anhängerschaft bei den Wählern weiss.

+ + +

Dehlers neue Entgleisung

s. Der FDP-Vorsitzende Dr. Dehler hat in einer Pressekonferenz in München verlangt, dass beizeiten Massnahmen zum Schutze vor wankelmütigen Bundestagsabgeordneten erwogen werden sollten. Wenn erst einmal in Westdeutschland der Rubel rolle, bestehe die Gefahr, dass die Sowjetunion über ihre künftige Botschaft in Bonn versuchen könnte, den Bundestag aufzukaufen.

Das ist eine erstaunliche Erklärung! Ein Demerit ist bisher ausgeblieben. Bleibt er bei dem, was er gesagt hat, hätte Dehler den ganzen Bundestag schwer beleidigt. Es gibt im Deutschen Bundestag keinen

Abgeordneten, dem man wegen seiner politischen Haltung unterstellen darf, dass er sein von den Wählern übertragenes Stimmrecht an eine fremde Macht verkaufen würde.

Voraussichtlich wird Dehler aber auch in seiner eigenen Fraktion einiges anhören müssen, denn da er niemanden ausgenommen hat, werden sich auch einige seiner eigenen Freunde betroffen fühlen. Was mag er sich auch unter "Maßnahmen gegen wankelmütige Bundestagsabgeordnete" vorgestellt haben? Möchte Dehler vielleicht mit Hilfe des Fernsehens als Vorsitzender in einem Mc-Carthy-Ausschuss den Retter des Vaterlandes spielen? Will er, der liberale, Freiheit und Recht achtende Mann, nur eine Geheimpolizei schaffen, die an den Geldscheinen der Bundestagsabgeordneten nach Wodkadunst schnüffelt?

Hätte Dehler geschwiegen, er wäre weise gewesen. Feinde unserer inneren Ordnung könnten sich eines Tages auf Dehler berufen und erklären, wer sich so oder anders entschieden habe, sei im Zweifel von Moskau gekauft. Wenn sich dieses Argument im öffentlichen Bewusstsein festsetzen sollte, hätte Dehler einen Ansatz dafür gegeben, unsere oberste staatliche Autorität aus den Angeln zu heben. Sicher will er das nicht. Aber seine oft recht unseriöse Diktion hat ihn schon manchmal Dinge sagen lassen, mit denen wertvolles Porzellan zerschlagen wurde.

Im übrigen hat Dehler selbst dazu beigetragen, dass wir wohl nur noch schwer ein normales Verhältnis zu dem künftigen sowjetischen Botschafter finden. Während er sich einerseits für die schnelle Aufnahme wirksamer diplomatischer Beziehungen einsetzt, hemmt er so, was er fordert. Auch das ein Widerspruch, der sich nur aus Dehlers Neigung zu unüberlegten Improvisationen erklärt, die an irgendeinem obskuren Stammtisch weiter keinen Schaden anrichten, die sich der Vorsitzende einer großen Partei aber gewiss nicht leisten darf.

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau